Landesbündnis "ProRad"

Bündniserklärung

PRÄAMBFI

In der Verantwortung

für die nachhaltige Entwicklung unserer Gesellschaft für jetzige und nachkommende Generationen,

in dem Bewusstsein,

das Bedürfnis der Menschen nach Fortbewegung und Ortswechseln umweltverträglich, ressourcenschonend und damit nachhaltig gewähren zu wollen,

in der Erkenntnis,

dass die Vorteile des klimafreundlichen, gesunden und oft schnelleren Fahrradverkehrs noch nicht in ausreichendem Maß bewusst sind und in entsprechendes politisches Handeln umgesetzt wurde,

betrachten die Partner des Landesbündnisses "ProRad" in Baden-Württemberg die Förderung des Fahrradverkehrs und die Schaffung eines positiven Fahrradklimas als ein zentrales Handlungsfeld ihrer Arbeit.

ERKLÄRUNG

- 1. Das Landesbündnis dokumentiert, dass sich alle Partner in der Verantwortung für dieses wichtige Zukunftsthema sehen. Das Land wird als Bündnispartner Rahmenbedingungen schaffen, die geeignet sind, den Fahrradverkehr zu fördern. Die Bündnispartner werden sich für die erforderliche Umsetzung vor Ort engagieren, den Informationsaustausch untereinander pflegen und in ihren Entscheidungsprozessen die Belange des Fahrradverkehrs gleichberechtigt mit anderen Verkehrsträgern einbringen und abwägen.
- Die Bündnispartner sind sich einig, dass dieses Ziel nur mit gemeinsamen, aufeinander abgestimmten Anstrengungen erreicht werden kann. Sie sehen wichtige Handlungsfelder
 - in der Schaffung eines positiven Fahrradklimas, das die Menschen motiviert, das Fahrrad zu nutzen,
 - in der Förderung der Fahrradinfrastruktur und der Verbesserung der Verkehrssicherheit der Radfahrer,

- im Informationsaustausch auf allen politischen Ebenen innerhalb des Landes, aber auch zu entsprechenden nationalen und internationalen Projekten, um von den vorhandenen Erfahrungen in bestmöglicher und effizienter Weise profitieren zu können,
- in der gemeinsamen Entwicklung und Vermarktung innovativer Radverkehrskonzepte.
- 3. Die Partner des Landesbündnisses setzen sich deshalb unter Wahrung der Grundsätze der kommunalen Selbstverwaltung ein für
 - eine bedarfsgerechte Bereitstellung von Finanzmitteln und qualifiziertem Personal zum Ausbau der Fahrradinfrastruktur,
 - eine Gleichberechtigung beim Einbringen und Abwägen der Belange des Fahrradverkehrs gegenüber anderen Verkehrsträgern bei der Verteilung der Finanzmittel und der Verkehrsflächen.
 - eine Optimierung des Umweltverbundes Fahrrad Öffentlicher Verkehr,
 - die Erhöhung der Verkehrssicherheit des Fahrradverkehrs vor allem durch moderne Infrastruktur, einen fahrradfreundlichen Ordnungsrahmen und die innerörtliche Anpassung des Kfz-Verkehrs an die Bedürfnisse der Bewohner,
 - die Intensivierung der Zusammenarbeit.
- 4. Die Bündnispartner erwarten von diesen Maßnahmen
 - eine erhebliche Steigerung des Radverkehrsanteils am Gesamtverkehr,
 - ein bewussteres Mobilitätsverhalten der Menschen.
 - eine Verminderung bei der Luft- und Lärmbelastung sowie einen erheblichen Beitrag zum Klimaschutz,
 - eine Senkung der durch Bewegungsmangel verursachten Erkrankungen.

Stuttgart, 18. Mai 2009

Innenministerium Baden-Württemberg	Allgemeiner Deutscher Fahrrad-Club Landesverband Baden-Württemberg e.V.
Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg	AOK Baden-Württemberg
Umweltministerium Baden-Württemberg	BUND Landesverband Baden-Württemberg e.V.
Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg	DB Regio AG Region Baden-Württemberg
Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum Baden-Württemberg	DB Station & Service AG Regionalbereich Südwest
CDU-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg	Landesverkehrswacht Baden-Württemberg e.V.

SPD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg	Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg mbH
FDP/DVP Fraktion im Landtag Baden-Württemberg	Verkehrsclub Deutschland Landesverband Baden-Württemberg e.V.
Fraktion GRÜNE im Landtag von Baden-Württemberg	Zweirad-Industrie-Verband e.V.
Landkreistag Baden-Württemberg	
Städtetag Baden-Württemberg	
Gemeindetag Baden-Württemberg	
Arbeitsgemeinschaft der Regionalverbände in Baden-Württemberg	